Zeitschrift: Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge

Herausgeber: Bioforum Schweiz

Band: 51 (1996)

Heft: 2

Artikel: Bringt mehr Markt wirklich auch mehr Ökologie?

Autor: Moser, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-891899

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bringt mehr Markt wirklich auch mehr Ökologie?

Verunsicherung

Die Verunsicherung vieler Bauern und Bäuerinnen über ihre wirtschaftliche Zukunft und die an jeder bäuerlichen Versammlung manifestierte Empörung über die anstehenden Reformen der Agrarpolitik passen schlecht zum eben erst geschlossenen «Agrarfrieden». Ist der neue, ausserhalb des bäuerlichen Lagers von allen politisch massgeblichen Kräften mitgetragene Konsens von «mehr Markt und mehr Ökologie» ein fauler Kompromiss oder handelt es sich bei den unzufriedenen Bauern und Bäuerinnen einfach um Individuen, die – wie Vertreter der ehemaligen Agraropposition heute glauben – «eine Blockade im Kopf» haben?

Wo liegen denn die Ursachen, dass jetzt, wo alle politisch relevanten Kräfte sich so euphorisch daran machen, die neue helvetische Zauberformel von «mehr Markt und mehr Ökologie» im Agrarsektor pionierhaft umzusetzen, sich viele Bauern so radikal querstellen? Diese Empörung ist meines Erachtens nur zum Teil auf das für die Mehrzahl der Beschäftigten im Agrarsektor seit Jahren rückläufige Einkommen zurückzuführen; viel entscheidender scheint mir die gesellschaftliche Isolation, in die ein grosser Teil der bäuerlichen Bevölkerung im Verlaufe der letzten Jahre geraten ist. Viele derjenigen, die den Strukturwandel in den 1950/60er Jahren im Gegensatz zu ihren kleinbäuerlichen Nachbarn überlebt haben, erleben die in den 1970er Jahren zunehmend in der Öffentlichkeit geführte Diskussion um die Neuausrichtung der staatlichen Agrarpolitik immer stärker als radikale Infragestellung ihrer bisherigen Tätigkeit der Nahrungsmittelproduktion; immer mehr fürchten um den Verlust ihrer Arbeit, über die sie sich bisher wie kaum eine andere Berufsgruppe definiert haben.

Empörend

Besonders empörend empfinden viele Bauern heute den Umstand, dass das, was sie nach ihren eigenen Erfahrungen in vielen Fällen als nur eine sehr begrenzte Alternative zur bisherigen Praxis einschätzen – billiger und zugleich ökologischer zu produzieren und gleichwohl von der landwirtschaftlichen Tätigkeit existieren zu können – nun auf der politischen Ebene als einfache Lösung der komplexen Probleme präsentiert wird. Viele Bauern und Bäuerinnen erleben die neue Agrarpolitik nicht als Förderung der Ökologisierung der Nahrungsmittelproduktion, sondern als Zwang zur Extensivierung. Zwar hat in den letzten paar Jahren rund die Hälfte aller Betriebsleiter/innen ihre Höfe auf die vom Bund als ökologisch taxierte integrierte Produktionsform umgestellt und kommt so zusammen mit den drei bis vier Prozent biologisch wirtschaftenden Bauern und Bäuerinnen in den Genuss höherer Direktzahlungen, die die seit 1987 sinkenden Produktepreise kompensieren sollen. Sie alle wissen aber auch, dass die vom Markt von ihnen in Zukunft noch stärker verlangten Produktivitätsfortschritte nur über eine noch weitere Extensivierung der Produktion erreicht werden können. Und das heisst konkret, dass sie in Zukunft wesentlich mehr Boden zur Verfügung haben müssen. Boden, auf den die bisher noch nach konventionellen Kriterien arbeitenden restlichen rund 40 Prozent der Betriebe aber noch viel stärker angewiesen sein werden, wenn sie, wie vom Bundesamt für Landwirtschaft angestrebt, bis Ende des Jahrzehnts auch auf eine ökologische Bewirtschaftung umstellen wollen. Die Auswirkungen einer ökologischen Wettbewerbslandwirtschaft sind aus umweltpolitischer Sicht (zumindest für das Gebiet der Schweiz) sicher erstrebenswert – bei der vorgesehenen Ausgestaltung allerdings nur zum ganz konventionellen Preis einer massiven Reduktion der Erwerbsmöglichkeiten im Agrarsektor und einer weiteren Zunahme der Fremdbestimmung der bäuerlichen Arbeit zu haben. Denn was genau umwelt- und tiergerecht konkret heisst, bestimmen ja immer weniger diejenigen, die es umsetzen müssen, sondern zunehmend diejenigen, die mit Direktzahlungen über ihre Steuern diese Produktionsform weitgehend bezahlen (müssen).

Geht die Parole auf?

Geht die sich heute im bäuerlichen Alltag so widersprüchlich auswirkende Umsetzung der Parole von «mehr Markt und mehr Ökologie» dann wenigstens für die Gesellschaft als Ganzes auf? Führt «mehr Markt» in der Nahrungsmittelproduktion tatsächlich zu tieferen Aufwendungen der Allgemeinheit für den Agrarsektor und «mehr Ökologie» zu einer Verringerung der Umweltbelastung? Unbestritten ist, dass eine den ProduzentInnen lediglich ökologische Auflagen machende, daneben jegliche soziale Kriterien negierende Politik die Gesellschaft billiger zu stehen kommen wird als die heutige Agrarpolitik, die sich zwar immer auch unsozial ausgewirkt hat, aber dennoch zu einem grossen Teil sozialpolitisch motiviert war. Angesichts der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit müsste ehrlicherweise aber gesagt werden, dass ein grosser Teil der im Agrarbudget eingesparten Ausgaben dafür im Bereich der Sozialversicherungen und der Sozialfürsorge wieder ausgegeben würden.

Auch unbestritten ist, dass eine Extensivierung der Agrarproduktion den Druck auf die Land-

schaft, den Boden und die Überreste dessen, was wir heute als «Natur» wahrnehmen, in der Schweiz verringern wird. In Rechnung zu stellen sind hingegen die massiv zunehmenden Transporte zum Import billigerer Massenprodukte sowie der Umstand, dass auch die durch die Direktzahlungen in LandschaftspflegerInnen verwandelten ehemaligen Bauern und Bäuerinnen die von der Gesellschaft als Konsumgut bestellte «Natur» nur dem Schein nach produzieren werden.

Fragezeichen

Wenn also sogar aus finanz- und umweltpolitischen Gründen Fragezeichen an die Auswirkungen der neuen Agrarpolitik gerichtet werden müssen, stellt sich die Frage, weshalb diese dann trotzdem so zügig durchgesetzt werden konnte – immerhin stellte sich der sonst immer als überaus mächtig empfundene Bauernverband lange Zeit vehement dagegen. Der Schlüssel zur Erklärung liegt meines Erachtens bei der Extensivierung, dem gemeinsamen Nenner, auf den sich die wirtschaftsliberalen und die ökologischen Kritiker der bisherigen Agrarpolitik zur Durchsetzung ihrer widersprüchlichen Anliegen geeinigt haben. Die Wirtschaftsliberalen akzeptierten die Extensivierung als Kompromiss, weil sie so durchsetzen konnten, dass zumindest mehr Nahrungsmittel von dort bezogen werden, wo sie (aber nur scheinbar!) am kostengünstigsten produziert werden können; die UmweltschützerInnen hingegen sahen in der Extensivierung der Agrarproduktion zu Recht ein Mittel, um den Druck auf die Landschaft zu verringern. Mit dem heutigen Resultat sind diejenigen Grünen, die bei der Produktion von Nahrungsmitteln mehr Ökologie und beim Konsum mehr Markt verlangen, weitgehend zufrieden. Und die Wirtschaftsliberalen haben die Gewissheit, dass in Zukunft schon allein der Zustand der Bundesfinanzen dafür sorgen wird, dass – aus ihrer Sicht – nicht ein «Zuviel an ökologischen Leistungen» erbracht werden wird.

Es geht nur vordergründig um die Ökologisierung

Bei der neuen Agrarpolitik geht es also primär um eine Extensivierung und nur vordergründig und beiläufig um die Ökologisierung der Nahrungsmittelproduktion. Auf den Punkt bringt diese Grundhaltung die bezeichnenderweise von einem Grossverteiler inspirierte und 1993 von der VKMB umgesetzte Volksinitiative «Für preisgünstige Nahrung und ein gerechtes bäuerliches Einkommen», deren Urheber nicht zu Unrecht beanspruchen, Tempo und Richtung der vorgesehenen Reform der Agrarpolitik (AP 2002) wesentlich beeinflusst zu haben. Ginge es nach den Initianten, würden künftig extensiv geführte, am Feierabend zu bewirtschaftende Betriebe rund 50'000 Franken Direktzahlungen pro Jahr erhalten, mittlere, mehrere Arbeitsplätze umfassende Gemüsebaubetriebe hingegen nur knapp die Hälfte davon – was bei den ständig sinkenden Nahrungsmittelpreisen eine relevante Gemüseproduktion in der Schweiz faktisch verunmöglichen würde. Das ist genau das, was die – ironischerweise nicht selten staatlich besoldeten – Hohenpriester des Marktes, wie beispielsweise der Ökonom Walter Wittmann, anstreben und deshalb die Kleinbauerninitiative II auch unterstützen.

Was diese Grundhaltung auf der individuellen Ebene der Produktion konkret bedeuten kann, macht das Beispiel der biologisch wirtschaftenden Marianne und Ernst Maurer in Diessbach deutlich, deren Anbau von Bioprodukten heute nicht ganz zufällig von Leuten und Organisationen behindert wird, die – nach ihrem eigenen Verständnis – seit Jahren für eine Ökologisierung der Landwirtschaft kämpften.

Ignoranz und Arroganz

Den neuen, fast ausschliesslich im Tertiärsektor beschäftigten, ökologisch sensibilisierten Mittelschichten wäre der Erfolg der Durchsetzung ihrer agrarpolitischen Vorstellungen ja ohne weiteres zu gönnen – wenn er nicht einseitig auf Kosten derer ginge, die – freiwillig oder gezwungenermassen – in der Produktion von Gütern tätig sind. Gesellschaftspolitisch aber viel relevanter ist, dass die politisch erfolgreiche Umsetzung der neuen Agrarpolitik dem Mythos, dass Deregulierung ohne nennenswerte soziale Kosten zu realisieren sei, mächtig Auftrieb verliehen hat. Die Ignoranz, mit der man in politisch aufgeklärten Kreisen heute den absehbaren Auswirkungen dieser Politik begegnet, ist durchaus vergleichbar mit der Arroganz, mit der Wirtschaftsverbände und einzelne «Unternehmer» die sozialen Kosten des erhöhten Wettbewerbs der Allgemeinheit stillschweigend übertragen wollen.

Ökologisch und sozial

Aber im Agrarbereich sind die Entscheide noch nicht endgültig gefallen. Der in vieler Hinsicht in die richtige Richtung zielende Verfassungsartikel lässt noch vieles offen. Darauf spekulieren zwar auch diejenigen, die ohne Rücksicht auf die begrenzten Lebensgrundlagen noch intensiver produzieren wollen wie auch diejenigen, die aus politischem Opportunismus bereit sind, die ländliche Schweiz in einen Freizeitpark für die Konsumgesellschaft zu verwandeln. Es ist aber zu hoffen, dass die Chance der (noch) zu beeinflussenden Ausgestaltung der AP 2002 vor allem diejenigen Bauern und Bäuerinnen nutzen werden, die sich für eine nachhaltige, d.h. ökologische **und** soziale Entwicklung einsetzen. Die in der Vernehmlassung der VSBLO geforderte Anerkennung und Abgeltung bäuerlicher **Arbeit** gibt Anlass zur Hoffnung, dass dieses Postulat nicht vollständig unter den Tisch gewischt wird. Wenn es den Organisationen der Bio-Bauern und Bäuerinnen gelingt, parallel zu ihrer nur schon wegen der Zunahme der Biobetriebe wachsenden Bedeutung sich gleichzeitig auch zu Vorkämpfern für eine bäuerliche, Nahrungsmittel produzierende **und** die Landschaft und den Boden erhaltende Landwirtschaft zu machen, wäre die Hoffnung auf eine nachhaltige, menschen-, tier- und umweltverträgliche Entwicklung vielleicht doch keine irreale mehr. *Peter Moser*